

kunst am bau II

mit der kunst am bau kann man viel geld verdienen. es werden bis zu zwei prozent der bausumme für projekte grosszügig bereitgestellt, so dass bei einer auftragsvergabe der lebensunterhalt für eine längere zeit gesichert ist. wenn der kulturetat gekürzt wird, bieten sich hier nicht zu verachtende, da gut dotierte aufträge an. seitdem diese aber wieder prominente maler und bildhauer anvisieren, scheint es schwieriger zu werden, einen zuschlag zu erhalten. dafür muss die gunst von jurys vorliegen, von jurymitgliedern, welche nicht allein aus wohlwollenden kunstverständigen, sondern ebenso aus städteplanern und kommunalpolitikern bestehen, die oft plakatives oder die architektur aufwertendes favorisieren.

historisch gesehen handelt es sich bei dem kunst-am-bau-programm um eine kunstförderung, die im nachkriegs-deutschland notleidende künstler unterstützte und gleichzeitig aufklärerische sowie politische absichten verfolgte. nach dem kahlschlag der nationalsozialisten sollte an die freisinnige kunstpolitik der Weimarer Republik, in der man das programm konzipiert hatte, angeknüpft werden. auch wenn es pikanterweise als gesetzliche regelung erst 1934 der damalige propagandaminister Joseph Goebbels unterschrieb. die verordnung übernahm nach dem zweiten weltkrieg der staat im westen aufgrund einer empfehlung des Deutschen Städtetages und im osten durch eine kulturverordnung, aber mit jeweils anderen zielen.

in der DDR stand eine baubezogene Kunst ikonographisch stark im dienst der agitation. es wurden die impulse einer realistischen kunst eingefordert, welche figurativ und vor allem optimistisch zu sein hatten. auftraggeber bevorzugten nicht die originalität und duldeten kaum formale experimente. unter diesen bedingungen entwickelten künstler eher opportune artefakte für die gestaltung von wohngebieten und das arbeitsumfeld in grossen und auch kleinen industriebetrieben. erst in den 1980er jahren tauchten in wandbildern mythologisch mehrdeutig zu interpretierende motive auf. die kompositionen fielen expressiver aus und orientierten sich verstärkt an internationalen trends.

in westdeutschland war die baugebundene nachkriegskunst meist eine lyrische abstraktion und zweckfreie dekoration. sie begann zaghaft mit fassaden-motiven, mosaiken oder brunnen-figuren inmitten von Neubauten. bald konnten sich jedoch avancierte positionen in wettbewerben durchsetzen. es formierte sich in den 1960er jahren eine gruppe von jungen künstlern, die immer wieder aufträge erhielten und mit experimentellen projekten urbane zonen veränderten. sie wollten nicht mehr den öffentlichen raum verschönern, vielmehr mitgestalten oder sogar einfluss auf gesellschaftliche belange nehmen. mit der konzeptionellen kunst entstanden allmählich arbeiten, die ortsspezifisch, prozessorientiert oder sogar interventionistisch wirkten.

nach der deutsch-deutschen wiedervereinigung und den umzug vieler ministerien nach Berlin kamen zahlreiche repräsentative bauaufgaben auf den bund zu und es wurde dementsprechend freigiebig geld für die kunst bereitgestellt. in erster linie betraute man für neue regierungsbauten prominente maler und bildhauer aus dem in- sowie ausland. für die planung und begleitung wurden erstmals berater eingesetzt, die konzepte erstellten und künstler direkt auswählten. in den neuen bundesländern, wo zahlreiche ämter und landesministeren neue gebäude bekamen, wurden hingegen aufträge regional vergeben. die kunst sollte ein demokratisch vereinigtes Deutschland zeigen und historisch belastete bauten aus der NS- oder DDR-Zeit für eine historisch unbelastete nutzung freimachen.

die zahl von urbanen kunstwerken hat inzwischen in manchen städten unübersehbare ausmasse angenommen. in Hamburg sind es über 400 dokumentierte arbeiten und in Frankfurt am Main 350. von ihnen sind schätzungsweise mindestens die hälfte einer förderung von bund, ländern und gemeinden zu verdanken. wenn es so weitergeht, wird irgendwann keine öffentliche fassade und keine zwischenzone ohne ästhetische aufwertung bleiben. mit dem glauben an den kulturellen mehrwert der freien kunst hat eine förderpolitik mancherorts ein artifizielles Disneyland produziert. besonders eklatant hat sich in Hannover, wo sogar bushaltestellen zu avantgardistischen kunstobjekten wurden, eine urbane verkunstung ausgebreitet. hier denkt man mittlerweile laut über einen entsorgungspark für manche artefakte nach.

in der öffentlichen kunst haben sich ansprüche und visionen aus zurückliegenden jahrzehnten wie manches Bismarck-denkmal aus der jahrhundertwende als zeitgeist materialisiert. während sich die gesellschaft gravierend verändert, überleben wandmalereien, plastiken und besonders experimentelle installationen jene prozesse als anachronismus. es stellt sich daher die frage, was mit einer urbanen kunst geschehen soll, die ihre ansprüche wegen einer bizarren qualität kaum einlöste oder es irgendwann überhaupt nicht mehr vermag? welche halbwegszeit sollte man generell öffentlichen kunstprojekten zugestehen? damit räume und deren entwicklung nicht auf unbestimmte zeit für umgestaltungen blockiert sind, muss wohl manches entsorgt oder in andere bereiche ausgelagert werden.

solche entscheidungen wurden bereits für die auftragskunst der DDR durch vernachlässigung gefällt. denn nach der wiedervereinigung sind wegen wechselnder besitzverhältnisse zahlreiche plastiken und wandbilder schnell verfallen und einfach entfernt worden. der abbau mancher propagandakunst war kein revolutionärer akt, da symbole und zeichen einer untergegangenen ideologie nicht wie üblich geschleift wurden, sondern einfach verfielen. die frage nach dem potentiellen erhalt von sozialistischer baukunst wurde erst spät gestellt, so dass lediglich vereinzelt ohne grösseres bezugsfeld und manches aus gründen der nostalgie unter den denkmalschutz fielen. für das geschichtsverständnis würde es wohl ausreichen, wenn für die neuen und natürlich auch die alten bundesländer einige wenige repräsentative arbeiten erhalten bleiben. vielleicht sollte es auch generell ein zeitlimit für die baubezogene kunst in ost und west sowie nord und süd geben, damit weiterhin aufträge möglich sind und allzu anspruchslos gewordenenes aus dem alltag verschwinden darf.